

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet...

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Bezahlung 2 M., durch
die Post 3 M., vierteljährlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befreiung...

Verantwortung
(Bearbeitungsbildung mit Verfall, Leipzig, Magdeburg etc.)

Siebentwanzigster Jahrgang.

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 252.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 1. Juni

1893.

Politische Uebersicht.

Die Vorgänge auf dem deutsch-französischen Parteitag in Hannover haben die Gegensätze innerhalb der norddeutschen Antimilitaristenpartei verstärkt. Althardt und sein Anhang — und das ist die größere Hälfte der Berliner Antimilitaristen — über die Reden und die Beschlüsse gegen Althardt — und besonders belegen sie Liebermann v. Sonnenberg mit den stärksten Schmähworten. Durch seine Wendung gegen das „Berliner Industriertum“ süßen die Antimilitaristen die bitteren Worte. Als Verbesserungspunkt gilt Prof. Dr. Paul Förster, ein Mann, der in Berlin allerdings manchmal sehr weit gehen soll. Auf die antimilitarische Wahlen in Berlin wird diese leidenschaftliche Erregung eher etwas lebend als abkühlend, doch stehen die Aussichten im allgemeinen für die Antimilitaristen schlecht. Wenn man u. a. in Betracht zieht, daß die beiden alten Brüder im Innern, Dr. Förster und Dr. Wagner, im Wahlkreise Niederbarren gegen einander kandidieren, so bestimmt man von der Schärfe der bestehenden Gegensätze einen Begriff. Daß zwei früher befreundete, nämlich übereinstimmende Männer einander das Mandat streitig machen, das ist doch ein Vorgang, der in keiner andern Partei möglich wäre. Heute liegt der „Reichsboten“ darüber, daß die Antimilitaristen im Wahlkreise Potsdam-Dönhagen dem konservativen Kandidaten Dr. Richter, Schall, obwohl derselbe als Antimilitarist sei, den Antimilitaristen Freiberger Bodenbecker als Kandidaten entgegenstellen haben. Aus dem Umstände, daß in den drei letzten Jahren die Konservativen des Kreises gescheitert, die Althardtsianer aber gearbeitet hätten, dürfen die letzteren den Anspruch auf ein Reichstagsmandat nicht bereuen. Denn — das Entsetzen der Reichsboten im Parteitag — in Zeiten des Friedens, wenn der Wappstumpf ruht, ist weder Deutsch, noch konservativ, das ist jüdische Wache“ etc. Demnach wäre also auch schon der Antimilitarismus verurteilt! — Wir vergleichen hierbei noch eine Erklärung, welche der Leipziger Antimilitar Dr. Erwin Bauer, Redakteur der „Neuen Deutschen Ztg.“, gegen Althardt erstattet, welcher vor kurzem behauptet hatte, Bauer habe Gelder, welche für den Althardt-Fonds, sowie für die antimilitarische Wahlen bestimmt gewesen, dieser ihrer Bestimmung vorenthalten. Bauer erklärt die Behauptung Althardts für „ebenmäßig als unehrlich“ und führt dann noch aus:

Für den sog. Althardt-Fonds ist bei meiner Zeitung oder bei mir nicht ein Pfennig eingegangen, ich habe also weder dieses Fonds nicht „irrer Verleitung vorenthalten“ können. Für die Partei ist ein Pfennig eingegangen, von denen eine Reihe von 150 Mark an Frau Helene Althardt während der Haft des Herrn Althardt abgeliefert worden ist. Weitere Sendungen habe ich auf Wunsch von Persönlichkeiten, die mir dazu ein Recht zu haben schienen, so lange stillt, bis Herr Althardt wieder in Freiheit war. Nachdem habe ich bei erster Gelegenheit vollständig Herrn Althardt den Rest zur Verfügung gestellt, Herr Althardt hat jedoch bisher eine Ordre über die Verwendung dieser Summe nicht an die Geschäftsstelle der N. D. Ztg. gelangen lassen. Diese Summe in den sog. Althardt-Fonds zu zahlen, hätte ich keine Veranlassung, da sie mir zu diesem Zweck nicht übergeben war. Sie stand und steht natürlich Herrn Althardt in vollem Rechte resp. seiner Familie jeden Augenblick zur Verfügung.

Der sozialdemokratische Führer August Bebel ist gegenwärtig in Württemberg auf einer Agitationsreise begriffen. Er hat in den letzten Tagen in Stuttgart, Ulm und Göttingen gesprochen und hat der Arbeiterpartei begeisterte Aufmunterungen gesandt. Am 27. d. M. hielt er in Stuttgart, wo die Sozialdemokraten Aussicht haben, zum ersten Male ihren Kandidaten in den Reichstag gewählt zu sehen, wurde ihm geschickt. Schon eine halbe Stunde vor Beginn seines Vortrages war das Kirchengebäude, wo die Versammlung stattfand, so überfüllt, daß die Polizei die Zugänge absperrten mußte; Hunderte konnten nicht mehr zugelassen werden. Vor einer Menge von etwa 7000 Köpfen hielt Bebel seine Rede, die, wie allemal, mit gefährlichen Anspielungen gegen die „Bourgeoisie“ gezeichnet war. Man berichtet darüber:

Bebel erregte gegen die fortgeschritten militärischen Rüstungen, welche die Welt dem Ruin zuführen. Österreich und Italien leben, nach Bebel, nahe am „Staatsbankrott“; Frankreich, das nach den natürlichen Verhältnissen Deutschlands Bundesgenosse gegen England sein sollte, sei am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt. England könne nach seinen stromonischen und materiellen Reichtümern auf seinen Kriegszug, zu welchem man in Deutschland, das jetzt schon schwer genug unter militärischen Last, abermals neue Rüstungen in riesigen Anlagen durchführen. Die Axt sollen auf indirektem Wege, der die arbeitende Bevölkerung am meisten bedrückt, aufgebracht werden. Es gebe keine ungerechtere Steuer als die indirekte. Die Sozialdemokratie wolle das Vaterland nicht verlassen, sie wolle wie Schopenhauer und Guesenian 1. S. 1807 eine Volkspartei, die sich drei Monate lang auf den Krieg vorbereite, ohne Brimborium und Paradekost. Durch die Volkswirtschaft erhalte man in kurzer Zeit eine bedeutende Zahl wehrfähiger Mannschaften und ein billiges Budget. Das gegenwärtige Militärwesen sei ein schändliches, es müsse geändert werden, und deshalb die Nationalität der Nation möglichst erweitert werden. Die Sozialdemokratie wolle Selbstverwaltung und Selbstregierung des Volkes.

Auch in Witten ist Dr. Bebel sehr rühmlich; in Karlsruhe kündigte er einer Versammlung den „großen Kladderadatsch“ für das Jahr 1910 an. Wir haben also nach Bebel bis dahin immer noch siebenzig Jahr Zeit!

Einige ungünstige Ausrichtungen über die Ergebnisse des ungarischen Bonenartars, welche in der Behauptung gipfeln, die ungarische Regierung wäre froh, den Bonenartars zu sein, hatte sich der bekannte Vorkämpfer der Einheits-

reform, Dr. Eduard Engel, an die Generaldirektion der ungarischen Staatsbahnen gewandt. Die ihm hierauf am 29. Mai zuteil gewordene Auskunft lautet:

„Ich bedreue mich, Ihnen mitzutheilen, daß wir mit unserem Bonenartars fortwährend ganz zufrieden sind. Wir haben im Jahre 1892 bei fast unveränderter Wohnlänge (7500 km) 1,100,000 Gulden aus dem Bonenartarsverkehr mehr eingenommen (19,7 Millionen gegen 18,6 Millionen) als im Jahre 1891, und um fast 3 Millionen Reichsmark mehr bedient. 27,4 Millionen gegen 24,4 Millionen. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß dieses Jahr bereits im August 1892 erreicht, ja sogar übergriffen war, und dann infolge der Cholera und, als diese im Frühling beruhen war, infolge der unvorhergesehenen Beschlüssen im Dezember 1892 anhält, während im vorigen Jahre ein Rückschlag eintrat. Sonst hätten wir zweifellos mindestens 1 1/2 Millionen Gulden Mehrertrag gehabt. Die Zunahme sowohl der Einnahme wie der Frequenz vertheilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Zonen sowohl des Ab- als auch des Fernverkehrs. Auch in diesem Jahre (1893) haben wir eine weitere Verkehrszunahme verzeichnet. Da wir uns betriebl. bei weitem nicht in dem Maße machen wie der Verkehr beim Bonenartars, und das Land sich hierbei sehr wohl befindet, auch wohl die erste Hälfte der Zunahme des Verkehrs (1892 52 1/2 Millionen Gulden gegen 1891 50 Millionen Gulden) zum Theil gewiß auf die Zunahme der durch die wöchentlichen Fahrpläne erleichterten Geschäftsreisen zurückzuführen ist, so liegt keine Veranlassung vor, und ich nicht bezweifle, daß der Tarif zu ändern bezw. zu erhöhen oder wohl gar zu besetzen.“

Jules Simon, der bekannte französische Staatsmann und Philosoph, hat einem Gesprächspartner, dem „Frk. Ztg.“ gegenüber seine Uebersetzung dahin ausgesprochen, daß der Friede dauernd bestehen bleiben wird; er tritt zur Unterstützung seiner Ansicht jemand, der gewiß nicht verächtlich ist, im französischen Sinne zu sprechen: den deutschen Kaiser. Er erzählt:

„Als ich in Berlin war, sprach wir mit einander. Ich bin unbedingt für die Aufrechterhaltung des Friedens“, sagte ich. Der Kaiser antwortete: „Ich gleichfalls.“ Und er fügte hinzu: „Ich betrachte die französischen und die deutschen Streitkräfte als sich die Waage haltend. Die Konventionen, die eintreten würden, wenn der erste Schlag abgesetzt wäre, sind unberechenbar, und ich kann nicht begreifen, daß jemand es mit seinem Gewissen vereinbaren könnte, sein Land in eine solche Ungewissheit zu stürzen.“ Ich erwiderte darauf: „Das ist vollständig der Ausdruck der allgemeinen Meinung in Frankreich.“ Denselben sah die Dinge genau so, wie sie damals standen, und Sie können es laut in alle Welt verkünden: Frankreich will keinen Krieg — weder die Regierung, noch die Kammer, noch die Bevölkerung. Inmündig die Regierung. Was Carnot persönlich anlangt, so ist gar kein Wort darüber zu verlieren. Ich bin ein Freund seines Rates gewesen und heute bin ich noch ein Freund. Ich weiß, daß er an den Krieg nicht denkt und nie gedacht hat. Sein Ministerium muß nachgedrungen von denselben Gesinnungen inspiriert sein wie er selbst. Aber auch, ganz abgesehen von den Persönlichkeiten, alle kriegerischen Geleite sind mit einer Regierung, wie sie in unserer Republik besteht, unvereinbar. Der Präsident, welcher so ohne weiteres den Krieg erklären wollte, würde seine Seele riskieren und würde sich nur im Fall eines glänzenden Sieges behaupten. Die Regierung ist mit inneren Angelegenheiten viel zu sehr beschäftigt, um an die Verantwortung äußerer Verwicklungen zu denken. Wir haben reichlich Macht und Ansehen, die wir 1871 verloren, wieder zurückzubekommen. Aber alles dies durch moralische Mittel, deren wir uns auch politisch allein bedienen werden, wenn auch wir jetzt wieder eine große Anzahl der allen übrigen Armeen Europas zum mindesten gleichkommen.“

Die französische Kammer beschäftigt sich augenblicklich mit Schaffung von Vorschriftenregeln anlässlich der bevorstehenden Wahlen und fast in jeder Sitzung hat ungläubigen Beschleiß. Am Montag hat sie bekanntlich mit 294 gegen 221 Stimmen den Antrag Bassile angenommen, wonach jedermann, der eine vom Staate bebotene Stelle innehat, von Abgeordnetenmandate ausgeschlossen ist. Mit 366 gegen 137 Stimmen wurde festgestellt, daß die Mitglieder des Klerus in dieser Gattung der Ausschließungen gehören. Auf Duvilliers-Maillens beantragte, auch alle Personen, die mit dem Staate einen Vertrag haben, sowie deren Angestellte vom passiven Wahlrecht auszuscheiden. Die Kammer beschloß mit 283 gegen 178 Stimmen die Verfassung dieses Antrages und nahm ihn schließlich mit 241 gegen 214 Stimmen an, jedoch mit der Aenderung, daß nur die Personen, die mit dem Staate einen Vertrag haben, ausgeschlossen sind, nicht aber auch deren Angestellte. Ein Antrag Hubbard, die Wahlpreise der Kandidaten auf ein Maximum von 300 Fr. für je 1000 Wähler festzusetzen, wurde mit 294 gegen 221 Stimmen zurückgewiesen. In einer Vorgespräch des Hubbard'schen Antrages schreibt Francis Magnard in „Figaro“, daß die Festsetzung einer bestimmten Summe die Nothwendigkeit habe, daß es einerseits nicht leicht möglich sei, die Wahlausgaben zu kontrollieren, andererseits würde diese Maßregel zur Schaffung ganz neuerartiger Spione führen. Die Wahlbeschlüssen bestanden nicht einzig und allein in Geld, viel bedeutendere Beförderungen seien die Verprechungen von Anstellungen usw. Das einzige Mittel, das allgemeine Wahlrecht zu reinigen, sei die Einführung des Referendums, wie es in der Schweiz besteht.

Zu den mannigfachen, gegen Gladstone's Homeerpolitik seitens der Opposition erhabenen Einwänden gesellt sich in jüngster Zeit auch der Vorwurf, daß infolge der einseitigen Homeerpolitik im übrigen ein völliger Stillstand der parlamentarischen Geschäfte des englischen Unterhauses eingetreten sei. Am Montag haben die parlamentarischen Pfingstferien in England ihren Abschluß gefunden, und schon rechnen konservative und liberal-unionsfähige Blätter der Regierung vor, daß sie unmöglich bis zum Sessionsschluß im August irgend eine ernstere gesetzgebende Thätigkeit auf anderen Gebieten entfalten könne, wenn sie es überhaupt dahin bringen wolle, daß die Homeerulistik im Unterhause durchgedrückt werde. Nach

dem bisherigen, überaus schleppenden Gange der Verhandlungen scheint es allerdings, daß das Cabinet sich gratulieren kann, wenn die Homeerulistik, gleichviel in welcher Gestalt, vom Unterhause genehmigt wird, wäre es auch nur, um mit ihr das Oberhaus in die Enge zu treiben und event. zur Parlaamentsauflösung schreiten zu können. Die Opposition läßt wie der gewohnt und erfolgreich inzentrierte Unterfeldzug Lord Salisbury's eben erst wieder dargethan hat, nicht locker, sie wird von allen ihr geschäftsberechtigten zutreffenden Mitteln zur Verdränger der Entscheidung Gebrauch machen. Der Hauptkampf dürfte bei der Klausel 9 (der sog. Retentionsklausel) betrie. die Frage der Rückzahlung früherer Mitglieder im Reichsparlament, und bei der Finanzklausel entwerthen, welche letztere die verunmündete Seite der Homeerulistik regeln sollen. Ueber beide Punkte herrscht nämlich in den Reihen der Gladstonianer selber die größte Meinungsverschiedenheit, und die Regierung wird daher jedenfalls den Versuch machen, sie einzuweisen von der Tagesordnung abzuweichen und die Homeerulistik als solche ein bloc zur Annahme zu bringen. Das ist es aber gerade, wogegen die Opposition sich aus Verheißungen fräut. Sie ist fest entschlossen, zu verlangen, daß nachdem beide Punkte unanständig die zweite Lesung des Unterhausplankens passiert haben, die Kommissionsberatung über diese Fragen nicht zur Tagesordnung übergehen soll, ohne daß eine erschöpfende Behandlung der Materie stattgefunden hat. Den Gladstonianern ist nicht ganz wohl angefiel, der intransigenten Haltung ihrer parlamentarischen Gegner. Sie fürchten sich vor dem Tadel, als wollten sie das Land mit einem Gefäß überumpeln, dessen volle Tragweite dem Volke erst später offenbar werden dürfte, wenn die Erhaltung des einheitlichen Charakters des Reichsparlaments sowie die Solidität der Reichsfinanzen durch Homeerulistik gefährdet erscheint. Gerichtweise verurteilt, Gladstonianer bereite ein Amendement vor, welches Uster von dem Homeerulistik ausnehmen und ihm eine Sonderstellung einräumen wolle. Abgesehen davon, daß dieses Amendement, wenn es wirklich formuliert würde, bestimmt sein könnte, dem Rezipiente: divids et impera, Zweifelhaft in die bis jetzt festgeschlossenen Reihen der Opposition zu tragen, würde darüber jedenfalls eine abermahlige langanhaltige Debatte entbrennen, deren Ende nicht abzusehen wäre. Kurz, das Großbritanniens die Homeerulistik mit dem Stillstande der ganzen übrigen Staatsschäfte blühen muss, tritt in der Hauptsache ein und wird von den Gladstonianern ignoriert, d. h. stillschweigend zugegeben.

Die neuerdings bei uns vielfach mit vielem Besaggen angelegte Parole von der Möglichkeit eines Krieges mit zwei Fronten“ erhält eine merkwürdige Illustration durch eine Schilderung über den gegenwärtigen russischen Nothstand, die allen denen, die gern anderen grübeln machen, zur Beachtung empfohlen werden kann. Es heißt in dem Bericht:

Die Folgen der Mangel der beiden letzten Jahre äußern sich in dem Mangel an Arbeitsvieh, der die Bauern zwingt, sich selbst vor kleine Vieh und Cagen zu spannen und sich auf die Verwendung eines geringfügigen Theils der Ackerkräfte zu beschränken. In vielen Bezirken ist der Nothstand so groß, daß der Hungererhythmus zu wüthen angefangen hat. Von 500 Familien eines Dorfes in dem sonst reichhaltigen Gouvernement Bobolien leiden, nach den Ermittlungen des dortigen Barzers, 188 an Hungererhythmus, während 207 Familien weder Brot noch irgend welche andere Nahrung haben. Im Gouvernement Tula befinden sich gleichfalls mehrere Dörfer in großer Noth, in der That ist die Noth in der That so groß, daß die Bevölkerung zu wüthen angefangen hat. In dem Gouvernement Tula, Saratow und Samara hat die Bevölkerungszahl eine große Abnahme aufzuweisen, was durch die Zunahme der Sterblichkeit in jenen Gebieten zu erklären ist. Im Gouvernement Samara übertritt im Jahre 1892 die Zahl der Verstorbenen diejenige der Geborenen um 40,000, während sonst die Sterblichkeitsziffer viel geringer war. Die Bevölkerungszahl des Gouvernements Saratow verminderte sich von 2,432,123 im Jahre 1891 auf 2,418,042 Köpfe; es ist dies eine Abnahme von 14,081 Seelen. Die jetzt veröffentlichten statistischen Angaben beweisen, daß die Abnahme der Bevölkerungsziffer in diesen Gouvernements nicht allein durch die Cholera verursacht worden ist, sondern zum großen Theil auch durch die aratische Hungererhythmus. In den inneren Gouvernements sind auch die Arbeitslöcher sehr gefüllt und reichen nicht für den nothwendigen Lebensbedarf der ländlichen Bevölkerung aus. Ein Arbeiter erhält nicht mehr als 30 Kopfen den Tag, eine Arbeiterin 20 bis 25 Kopfen, Arbeiter mit eigenen Pferden 1 1/2 Rubel den Tag. Diese geringen Arbeitslöhne müssen ebenfalls eine Ursache der Noth sein. Die Bevölkerungszahl des Gouvernements Saratow freigeigentlich gibt, kennt eben nicht die dortigen Verhältnisse oder will sie nicht kennen.

Zu den Wahlen.

* Nordhausen, 31. Mai. Aus dem hiesigen Wahlkreise ist von einem Wahllokal ersten Ranges zu berichten. In dem Kreisort Solstedt hielten gestern die Antimilitaristen eine Wahlversammlung ab, die von dem hiesigen Kreisvorsitzenden Dr. Häber geleitet wurde, und der auch der antimilitarische Kandidat, Wittmeier a. D. Krulz, beizuhören, um sein Programm zum Vorschein zu geben. Etwa 70 Sozialdemokraten aus Nordhausen, die unter ihrem Reichstagskandidaten Gladstone's Besten amfeind waren, verlangten für den letzteren das Wort. Dies wurde ihm auch gestattet, nachdem aber wieder entgegen. Darüber ausgedrückt erhoben die Sozialdemokraten einen großen Lärm, wurden aber aus dem Saale gewiesen. Ein Agitator aus Magdeburg wurde dabei aretirt und in das Gerichtsgefängnis abgeführt. Was nun folgte, betraute alle Beschreibung. Die Sozialdemokraten bewarfen das Haus demohnen mit Steinen, daß kein Fenster ganz blieb, das Gebäude binnen kurzem einer Ruine glich, und die Antimilitaristen mit Vortheil nachregeln das Wette jagen mußten. Es ging fast auf Todtschlag hinaus, dem Gendarmen wurde der Uniformrock theilhaftig vom Leibe

Stg. - Stg. des 2. Wahlgangs. Dr. 66. Haselb., Stolz und ...

— (Erlaubte geistliche Stellen.) Warten auf Gültig, Dörge ...

— Wein, H. Mal. Die Vorbereitungen für das vom 11. ...

Bemerktes.

Nach im Glück. Ein Berliner Bäckerfelle gewann jüngst in ...

— Eine Kirche als Carcer. Ein siebenjähriger Gymnasiast ...

— Ein Glücksladen. Eine gewiß seltene Lebenserfahrung ...

— Eine Waisenfamilie. Von einem eigentümlichen Waisen ...

— Eigel und Ferkelchen. Den Spargelzangen in der Königs ...

— Heberrett zum Protektionismus. Zu dem an der märkisch ...

Schiffahrt eines Wafers. In Cardiff, England, landete ...

— Die Waisenfamilie. Wie vor Jahren die Herren von dem ...

— Fräulein der Aufführung. In Castrilobogone, einem ...

Taten und Schicksale eines Luftballons. Ein Unglück ...

— Infektionskrankheiten. Am 11. d. d. ist festgestellt ...

Nach dem Befreite.

S. F. Oberbedrungen. Ihre Veranlagung zur Gewerbe ...

F. S. S. Einen Grund zur sofortigen Auflösung des ...

S. B. Der Verdacht gegenüber der unter dem Eigentüm ...

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

Halle, 1. Juni. An der heutigen Getreidebörse wurden die ...

— Der Rohgewinn der Aktiengesellschaft für Eisen ...

— Der Aufsichtsrath der Italienischen Mittelmeer-Bahn ...

— Eisenbahn-Einnahmen. Wien, 31. Mal. Auswärtige ...

New York, 1. Juni. [Telex.] Auf dem Dampfer Teutonia ...

— Rio de Janeiro, 30. Mal. [Telex.] Wechsel auf London 10 1/2 ...

Waaren- und Produktberichte.

Getreide. — Berlin, 31. Mal. Weizen (mit Ausschluß von Rauweizen) ...

Produktberichte aus New York,

Rother Winterweizen loco 77. Rother Weizen pr. Mai ...

Produktberichte aus Chicago,

Weizen pr. Mai 69, pr. Juli 71 1/2. Mais pr. Mai 40 1/2. Speck ...

Stadtsamtliche Meldungen.

Stadtsamtliche Halle, 31. Mal.

Aufgeboren: Der Kronenwärter Emanuel Gölz und ...

— Gestorben: Der Bäckermeister Hermann Detschmann ...

Städtische Anzeigen.

— Zusammenkunft. 8 1/2 Uhr. Präsident und Sonnabend nachm. ...

Trenndienst.

— Stadt Hamburg. Kommander Dr. Kröner. A. Gohrenberger. ...

— Weibens Regel. Major a. D. v. Schenck. A. v. Dresden. ...

— Krupp'sche. Oberleutnant Dr. Zimmermann. Superintendent ...

Anwärtige Theater.

Freitag, den 2. Juni. — Delbala (Neues Theater). Don Carlos. — (Altes Theater). Der Vetterstudent.

